

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex 08 88 846 ppbr d

Inhalt

Hans Büchler MdB, Obmann der Sozialdemokraten im innerdeutschen Ausschuß des Bundestages, nennt den Grundlagenvertrag beispielhaft. Seite 1

Ulrich Dübber MdB beschuldigt die Union, in den 50er Jahren Berlin ausgeplündert zu haben. Seite 3

Axel Wernitz MdB, Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses, warnt Kohl vor einer Aushöhlung der Tarifautonomie. Seite 5

Freimut Duve MdB, Kulturpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, verurteilt die Entscheidung von Intendant Räumler. Seite 7

Dokumentation

Hans-Jochen Vogel vor der SPD-Bundestagsfraktion. Seite 8

37. Jahrgang / 240

17. Dezember 1982

Die Trennung wurde erleichtert

Der Grundlagenvertrag ist ein Dokument des Friedens

Von Hans Büchler MdB
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Mit dem Grundlagenvertrag wurde dem Ziel der Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition der vertragliche Rahmen gegeben, ein Verhältnis geordneter Beziehungen, der Zusammenarbeit und des friedlichen Zusammenlebens zwischen beiden deutschen Staaten unter Bedingungen herzustellen, die es erlauben, die deutsche Frage offenzuhalten über einen Zeitraum, der von unbestimmter Dauer ist.

Der Grundlagenvertrag ist ein beispielhafter Vertrag für die Gestaltung zwischenstaatlicher, politischer, ökonomischer und kultureller Beziehungen und für die Lösung humanitärer Fragen zwischen Staaten unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Systeme. Seine historische Bedeutung liegt darin, an der Nahtstelle der beiden größten Militärpotentiale der Geschichte und der politischen Interessensphären den Zustand der Konfrontation in ein Verhältnis der Kooperation und Entspannung im allgemeinen Ost-West-Verhältnis gewandelt zu haben.

Der Grundlagenvertrag ist ein ehrlicher Vertrag, weil er die aus den historischen Gegebenheiten erwachsenen unterschiedlichen Auffassungen der beiden deutschen Staaten zu grundsätzlichen Fragen, darunter zur nationalen Frage, betont, den politischen Interessenausgleich ermöglicht, gemeinsame, für das friedliche Zusammenleben in Europa bedeutsame Interessen offenlegt und die Vertragspartner verpflichtet, diesen vitalen nationalen Interessen zu entsprechen.

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Herausgeber
am Deutschen Institut für
Presse- und Medienrecht



Der Grundlagenvertrag ist ein kooperativer und humanitärer Vertrag, weil er zum Wohle der Menschen in den beiden deutschen Staaten die Bereitschaft der Vertragspartner zur Norm erhebt, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik, des Verkehrs, des Rechtsverkehrs, des Post- und Fernmeldewesens, des Gesundheitswesens, der Kultur, des Sports, des Umweltschutzes und auf anderen Gebieten zu entwickeln und zu fördern und humanitäre Fragen zu regeln.

Der Grundlagenvertrag ist ein Vertrag des Friedens, weil er die Vertragspartner zur Förderung der friedlichen Beziehungen zwischen den Staaten Europas und zur Unterstützung der Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung verpflichtet.

Der Grundlagenvertrag hat die Trennung des deutschen Volkes erträglicher gemacht. Die Bilanz nach zehnjähriger Zusammenarbeit ist positiv. Die praktischen Ergebnisse sind für Millionen Bürger in Deutschland direkt erfahrbar. Der mit dem Grundlagenvertrag eingeschlagene Weg war richtig, zum Wohle der Menschen in den beiden deutschen Staaten die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zu schaffen. Beide deutschen Regierungen müssen diesen Vertrag weiter mit Leben füllen, Kontinuität wahren und dabei selbst berechenbar und kompromißbereit bleiben. Die nach Artikel 7 des Grundlagenvertrages vorgesehenen Verträge über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik, des Umweltschutzes und der Kultur müssen abgeschlossen werden.

Die beiden deutschen Staaten haben ihrer gemeinsamen Verpflichtung zur Erhaltung des Friedens in Europa unbedingt nachzukommen. Ihre sicherheits- und abrüstungspolitischen Bestrebungen in ihren jeweiligen Bündnissen und den Abrüstungsgremien müssen auf die Herbeiführung einer vertrauensvollen Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West gerichtet sein.

(-/17.12.1982/ks/va)

+ + +



Systematische Demontage des Bundes in Berlin

Kohl versucht Fehler der fünfziger Jahre gut zu machen

Von Dr. Ulrich Dübber MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages

Die Union hat es nicht lassen können. Entgegen den Interessen Berlins hat sie bei der parlamentarischen Aussprache die alte Bundesregierung kritisiert und die neue, kaum zweieinhalb Monate im Amt, gestreichelt. Es war die Wirtschaftskonferenz von Bundeskanzler Kohl am vergangenen Wochenende in Berlin mit Spitzenvertretern der deutschen Wirtschaft, die Anlaß zu Eigenlob gab, weil sie sich vorgenommen hat, in Berlin 3.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Kein Zweifel, die Absicht ist zu begrüßen und dringend zu wünschen, daß sie eingehalten werden kann. Mit Zahlen der CDU allerdings muß man skeptisch sein. Sie versprach vor zwei Jahren zur Wahl des Abgeordnetenhauses in Berlin den Bau von 50.000 neuen Wohnungen. Inzwischen ist über ein Drittel der Berliner Wahlperiode vorüber und Weizsäckers Senat ist arg im Verzug. Wenn es hoch kommt, werden es bis 1985 nur 32.000 neue Wohnungen sein, nicht einmal zwei Drittel der versprochenen Zahl.

Wenn sich die gegenwärtige Bundesregierung bemüht, in Berlin neue Arbeitsplätze zu schaffen, so ist das eigentlich nur die Wiedergutmachung von bösen Fehlern der fünfziger Jahre. Wenn sich der gegenwärtige Bundeskanzler gern den "Enkel Adenauers" nennen läßt, so muß er auch an der Erblast der Kahlschlag-Sanierung mittragen, die der erste Bundeskanzler in der früheren Reichshauptstadt betrieben hatte.

Die Industrie ist nicht weggelaufen, weil ihr das von allein eingefallen ist. In Berlin gegründete Firmen wie Siemens und AEG wanderten mit ihren Konzernzentralen nach München und Frankfurt ab, weil ihnen die damalige Bundesregierung ein schlechtes Beispiel vorexerzierte. Vorstandsvorsitzender der AEG war damals der Baurat Spennrath, ein alter Freund Adenauers, dem er in der Weimarer Zeit als Beigeordneter in Köln gedient hatte.



Mindestens 12.000 krisenfeste und gutbezahlte Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst ständen heute in Berlin noch zusätzlich zur Verfügung, wenn nicht in den fünfziger Jahren die ehemalige Reichshauptstadt von der Bundesregierung systematisch ausgeplündert worden wäre. Allein elf große ehemalige Reichsbehörden wurden als Bundesbehörden nach Westdeutschland verlagert:

Bundesbehörde	Beschäftigte (Stand 1982)
1. Statistisches Bundesamt (Wiesbaden)	2.361
2. Bundesarchiv (Koblenz)	282
3. Bundeszentrale für politische Bildung (Bonn)	128
4. Deutsches Patentamt (München)	2.235
5. Bundesschuldenverwaltung (Bad Homburg)	328
6. Physikalisch-Technische Bundesanstalt (Braunschweig)	1.394
7. Bundesanstalt für Fleischforschung (Kulmbach)	109
8. Bundessozialgericht (Kassel)	171
9. Bundesanstalt für Arbeit (Nürnberg)	813
10. Posttechnisches Zentralamt (Darmstadt)	1.490
11. Fernmeldetechnisches Zentralamt (Darmstadt)	<u>2.611</u>
Summe	11.922

Rund 12.000 zumeist gutdotierte und krisenfeste Arbeitsplätze nebst Zulieferanten, wie zum Beispiel Druckereien, wären in einer Krisenzeit wie jetzt gut in der Lage, die wirtschaftliche Situation von Berlin (West) zu stabilisieren. Aber diese Behörden sind unwiderruflich davon und nach dem Vier-Mächte-Abkommen von 1971 auch nicht mehr zurückzuholen. Die systematische Demontage der Präsenz des Bundes wirft ihre Schatten auch noch 30 Jahre später. Wenn die 13 Oppositionsjahre der CDU/CSU ihr Berlin-Bewußtsein etwas aufgeheitert haben sollte, dann ist das nur noch ein schwacher Trost.

(-/17.12.1982/ks/va)

+ + +



Bedrohte Tarifautonomie
-----**Kohl verstärkt einen gefährlichen Trend**

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Die neue Bundesregierung hat mit dem Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes für das Jahr 1983 ab 1. Juli eine zweiprozentige Erhöhung der Beamtenbezüge vorgesehen. Damit bricht die unionsgeführte Regierung mit einer seit 1970 bewährten Verfahrens- praxis, nämlich erst nach Abschluß der Tarifverhandlungen für die Arbeiter und Ange- stellten des öffentlichen Dienstes, das Tarifergebnis per Gesetz auf die Beamten- bezüge zu übertragen. Kanzler Kohl und sein Kabinett haben diesen Schritt leicht- fertig und unüberlegt getan.

Formal gesehen ist die geplante Regelung sicher kein direkter Eingriff in die Tarif- autonomie. Aber wenn man sich das für 1983 geschnürte Besoldungspaket genauer an- sieht und die zum Teil mehr als forschen Töne über Sinn und Zweck dieser Aktion aus den Unionsreihen hinzu nimmt, so kommt man an der objektiven Feststellung nicht vorbei, daß hier die Weichen für einen der massivsten Angriffe auf die Tarifautonomie seit 1949/50 gestellt werden. Dieser Angriff geht in seiner Zielsetzung weit über den öffentlichen Dienst hinaus auf den gesamten Bereich der gewerblichen Wirtschaft.

Die gesetzliche Anpassungsvorgabe von zwei Prozent ab Juli 1983 - das heißt rund ein Prozent aufs ganze Jahr umgerechnet - wird von der CDU/CSU selbst als Signal für die kommenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst bezeichnet. Aber man beschränkt sich ja keineswegs auf Signale, sondern übt massiven Druck auf die Gewerk- schaften aus. Dies geschieht mit der Ankündigung beziehungsweise Drohung gegenüber den Gewerkschaften für den Fall, daß die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst höher als bei der per Gesetz vorgegebenen Beamtenbesoldung ausfallen sollten, den darüberliegenden Teil dann durch Stellenstreichungen bei den Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes wieder hereinzuholen.

Nur wer nicht in der Lage oder bereit ist, über den Tellerrand hinaus zu denken, wird sich über die massiven Proteste aus den Gewerkschaften und der SPD gegen diesen Druck auf die Tarifpartner wundern.



Besorgniserregend sind darüber hinaus Argumentationen aus den Reihen der Unionsfraktion im einschlägigen Hearing des Innenausschusses am 22. November 1982 und der Innenausschußsitzung am 1. Dezember 1982. Hier war im Zusammenhang mit der anvisierten zweiprozentigen Regelung ab Juli 1983 unter anderem von der staatlichen Verantwortung für das entsprechende "Signalgeben" in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft generell die Rede. Damit besteht im Grunde kein Zweifel daran, daß zumindest erhebliche Teile der Union die Anpassungsrate für die Beamten im Jahr 1983 auch als Signal für die Tarifverhandlungen in weiten Bereichen der privaten Wirtschaft mißbrauchen wollen. Vor derartigen Überlegungen kann nur dringend gewarnt werden. Der öffentliche Dienst darf nicht in so unverantwortlicher Weise zur Speerspitze oder zum Rammbock gegen die Arbeitnehmer der gewerblichen Wirtschaft umfunktioniert und mißbraucht werden. Man kann sich eigentlich nur über die Unionsparteien wundern, die so leichtsinnig mit dem tarifpolitischen Feuer spielen und offensichtlich nicht bedenken, wie leicht ein Flächenbrand entstehen kann. Es genügt jetzt nicht mehr, wenn der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU, Karl Miltner, erklärt: "Die Tarifautonomie ist ein kostbares Gut unseres demokratischen Rechtsstaates. Sie muß auch in Zeiten nachlassenden Wirtschaftswachstums Bestand haben."

Im Widerspruch zu solchen Worten haben die neue Regierung und die sie tragende Koalition die Weichen in die entgegengesetzte Richtung gestellt. Der von der Union angezettelte Streit um die Tarifautonomie kann Staat, Gesellschaft und Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland noch teuer zu stehen kommen.

(-/17.12.1982/ks/va)

+ + +



Guckkastenbühne der heilen Welt

Die Restauration findet vor der Mattscheibe statt

Von Freimut Duve MdB

Kulturpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Was bisher nur Kenner der ARD-Szene mit Besorgnis verfolgten, wird nun immer offenkundiger: Die Union hat die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten so weit unterwandert oder eingeschüchtert, daß sie auch vor massiven Einwirkungen auf das Programm nicht zurückschreckt.

Die Entscheidung des CDU-Intendanten Räuher, die Kabarett-Sendung der Lach- und Schießgesellschaft aus dem Programm zu nehmen, ist selber schon ein kabarettreifes Meisterstück an unverhohlener Fernseherrschaft.

Wie sollen in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt noch künstlerisch und journalistisch unabhängige Programme gestaltet werden, wenn bei den vielen Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlterminen jeweils regionale Rücksichtnahmen auf interessierte Seiten vorab zur Geltung kommen?

Herr Räuher als Erfüllungsgehilfe seiner Partei hat der Rundfunk- und Fernsehfreiheit durch seine Entscheidung wieder einmal schweren Schaden zugefügt. Er maß sich das Recht an, die Zuschauer in ihrer freien Meinungsbildung einzuschränken. Diese Entscheidung ist ein wahrhaft würdiger Startschuß für die von Bundeskanzler Kohl angekündigte "geistig-moralische Erneuerung" der Deutschen.

Der CDU-Staat zimmert sich seine hölzerne Medienlandschaft zurecht. Die Guckkastenbühne der heilen Welt ist aufgestellt, die Claqueure mit ihren Springer/Burda-Freikarten sitzen im Parkett. Die Restauration findet in der guten Stube vor der Mattscheibe statt, während draußen die von der neuen Regierung bewirkten Beschädigungen der materiellen Hilfen für die Kleinen den sozialen Frieden erschüttern.

(-/17.12.1982/ks/va)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Der Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten, Hans-Jochen Vogel, hat unmittelbar nach dem Mißtrauensvotum vor der SPD-Bundestagsfraktion die Haltung der Bundesregierung gewertet. Der SPD-Pressedienst dokumentiert Vogels Worte in Auszügen.

"Das ist doppelzünftig"

"Der Bundestag hat soeben dem amtierenden Bundeskanzler das Vertrauen verweigert. Ich kritisiere nicht, daß dies geschah. Ich kritisiere, wie es geschah. Denn der Vorgang, der sich da abgespielt hat, ist nicht nur voller Peinlichkeit, er ist zutiefst fragwürdig. Ernst gemeint sind dabei nur unsere Nein-Stimmen. Wir haben kein Vertrauen zu diesem Bundeskanzler und zu seinem Vize-Kanzler schon gar nicht. Zweifelhaft sind hingegen schon die Ja-Stimmen. Völlig widersprüchlich, ja im Grunde unehrlich sind hingegen die Enthaltungen der Unionsparteien und der FDP-Mehrheit. Denn die, die so gestimmt haben, verbinden doch die Verweigerung des Vertrauens mit der Erklärung, ihr Vertrauen in Herrn Kohl sei heute größer als vor zweieinhalb Monaten; es sei so groß, daß sie Herrn Kohl weitere vier Jahre im Amt sehen wollen.

Das ist doppelzünftig, aber es hat seine eigene Logik. Denn diese Regierung ist schon durch einen fundamentalen Verstoß gegen die Gebote der politischen Moral zustande gekommen. Durch einen Verstoß, für den die Genscher-FDP aller Voraussicht nach mit ihrer politischen Existenz büßen müssen. Und wie diese Regierung ins Amt kam, so tritt sie auch ab: Mit einem neuen Verstoß gegen die Gebote der Glaubwürdigkeit.

Das alles hätte nicht sein müssen.

Helmut Schmidt hat am 17. September 1982 einen sauberen Weg gewiesen. Er hätte so gleich zu Neuwahlen geführt. Er hätte uns sechs Monate politischer Ungewißheit und Labilität erspart. Niemand hätte sich verrenken müssen. Ja sogar die FDP hätte eine Überlebenschance gehabt, wenn sie sich mit ihrer Absicht, die Koalition zu wechseln, zunächst dem Wählervotum gestellt hätte. Das war eine Chance, die Vertrauenswürdigkeit unseres Gemeinwesens auch in einer kritischen Situation zu bewahren und zu festigen. Sie wurde vertan. Das Streben des Herrn Kohl nach Machtgewinn und das Streben des Herrn Genscher nach Machterhalt waren stärker als der Wille zur Glaubwürdigkeit. Das haben beide - Herr Kohl und Herr Genscher - zu verantworten.

Sie haben auch zu verantworten, daß der Bundespräsident vor einer überaus prekären Entscheidung steht. Sie hätten dem Bundespräsidenten diese Entscheidung erleichtern können, indem sie die innerhalb dieser Koalition, ja innerhalb der beiden Unionsparteien bestehenden tiefgreifenden Gegensätze oder die insgeheim an der Eignung des Herrn Kohl unverändert bestehenden Zweifel offen gelegt und zum Gegenstand einer wirklichen Vertrauensfrage gemacht hätten oder auch durch den Rücktritt des Bundeskanzlers bekundet hätten. Das wäre für die Union schmerzhaft, aber es wäre redlich gewesen.

Wir wollen Wahlen. Wir kritisieren nicht, daß der Weg dorthin beschritten wird. Wir kritisieren, wie dies geschieht. Wir kritisieren, daß Abgeordnete des Bundestages zu einem Staatstheater eigener Art mißbraucht werden und daß sie sich das gefallen lassen. Und wir wollen, daß sich der Wähler auch darüber ein Urteil bildet.

Förmlich betrachtet beginnt der Wahlkampf erst mit unserem Wahl-Parteitag am 21. Januar 1983. In Wahrheit ist er bereits in vollem Gange.



Wir sind für diesen Kampf gut gerüstet. Die Partei ist stark motiviert. Der Zugang neuer Mitglieder hält an. Die Meinungsumfragen zeigen an, daß wir das hohe Niveau, daß wir nach dem Tief der Sommermonate durch die Vorgänge im September und dank der meisterhaften Art und Weise, in der Helmut Schmidt die quälende Situation zum Ende gebracht hat, erreicht haben, behaupten und steigern können. Wir wünschen unseren Hamburger Genossinnen und Genossen, daß dies schon am kommenden Sonntag bei Ihrer Bürgerschaftswahl eine zusätzliche Bestätigung findet.

Was ich sage, gilt auch in der Sache. Die kleine Gruppe, die damit beauftragt war, hat den Entwurf des Wahlprogramms fertiggestellt. Heute wird der Parteivorstand über den Entwurf beraten und beschließen.

Arbeit, Frieden, Gerechtigkeit - das sind die Themen des Programms, das sind unsere Themen. Das sind die Gebiete, auf denen wir unsere Gegner stellen müssen....

Ich sagte: Wir sind gut gerüstet. Und ich spüre: Uns wächst neues Vertrauen zu. Es begegnet mir an vielen Orten auch sehr persönlich - in und außerhalb der Bundesrepublik. In der letzten Woche in Ost-Berlin und in Wittenberg, wo viele Menschen mich nicht nur ermutigt, sondern geradezu bedrängt haben, an unserer Deutschlandpolitik festzuhalten - auch ihretwegen. Oder gestern und vorgestern in Rom. Und dort sowohl im Quirinal als auch im Vatikan. Bei meinen Begegnungen mit dem Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes habe ich bestätigt gefunden, daß das Wort vom Schulter-schluß zwischen Arbeitnehmerorganisationen und der Sozialdemokratie gilt. Auch mit den Repräsentanten anderer großer gesellschaftlicher Gruppen - darunter auch der Bundeswehr - habe ich vertrauensvolle Gespräche führen können.

Deshalb bitte ich Euch: Geht hinaus in Eure Wahlkreise und kämpft um jede einzelne Stimme. Tut es selbstbewußt und offen, ohne beschimpfende Polemik, ohne billige Versprechungen, aber mit der Überzeugungskraft derer, die sich ihrer Sache sicher sind und die spüren, welcher Halt und welche Orientierung von einer Gemeinschaft ausgeht, deren Ziel nicht eine zerrissene, eine egoistische, sondern die solidarische Gesellschaft ist."
(-/17.12.1982/ks/va)

+ + +

